

**Ausführungen von Herrn Utz Tillmann,  
Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),  
am 9. Dezember 2015 vor der Presse in Frankfurt  
zur internationalen Klimapolitik**

(Es gilt das gesprochene Wort)

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

in wenigen Tagen endet der Klimagipfel in Paris. Die Weltgemeinschaft erwartet am Ende der Konferenz einen substanziellen Fortschritt in Richtung eines belastbaren globalen Abkommens.

Die chemische Industrie hilft mit, globalen Klimaschutz und das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Mit effizienten Produktionsanlagen und energiesparenden Produkten sehen wir uns als Wegbegleiter der Gesellschaft in eine emissionsarme Zukunft.

Es ist erkennbar, dass mit COP21 ein internationales Abkommen einen neuen Rahmen für die Klimapolitik nach 2020 setzt. Offen bleibt aber bislang, wie ambitioniert und verbindlich der völkerrechtliche Vertrag zu Papier gebracht wird.

Wir benötigen ein Abkommen, das mit der Industrie funktioniert. Denn gerade die Industrie entwickelt energieeffiziente Produkte, die Klimaschutz ohne Wohlfahrtsverluste und ohne Verzicht auf Lebensqualität möglich machen. Das ist ebenfalls ein zentrales Anliegen der Schwellenländer.

Aber nur eine innovationsstarke und wettbewerbsfähige Industrie kann die Technologien und Produkte entwickeln, die im Kampf gegen den Klimawandel benötigt werden.

Hier genau liegt der Zielkonflikt für die deutsche Chemie: Einerseits tragen wir maßgeblich zur positiven Klimabilanz der EU bei. Unsere Branche hat den

Ausstoß von Treibhausgasen seit 1990 fast halbiert, bei gleichzeitiger Produktionssteigerung von 60 Prozent. Andererseits tragen wir zusätzliche Kosten durch den Emissionshandel in der EU.

Damit fehlt zwischen Europa und den übrigen Chemiestandorten in der Welt die Chancengleichheit für fairen Wettbewerb. Dabei gehören wir zu den Akteuren, die den Klimaschutz aktiv vorantreiben. Klimaschutz darf uns nicht auf Dauer als Nachteil im globalen Wettbewerb belasten.

Leider macht uns der bisherige Stand der Verhandlungen in Paris wenig zuversichtlich, dass wir auf eine Besserung unserer Wettbewerbssituation hoffen können:

Alleine die Zusagen der G20-Staaten für den Klimaschutz ergeben im Jahr 2030 bislang 14 Milliarden Tonnen mehr CO<sub>2</sub> im Vergleich zu 1990. Dabei sind die restlichen gut 150 Zusagen, die weitere Emissionserhöhungen bringen werden, noch nicht eingerechnet.

Einen großen Beitrag für den Klimaschutz in Europa muss die Industrie gemeinsam mit der Energiewirtschaft über den Emissionshandel leisten. Diese Zielvorgaben will die EU ab 2021 unabhängig vom Ausgang der Klimakonferenz weiter verschärfen, um das ehrgeizige Ziel für 2030 von -40 Prozent zu erreichen. Der deutschen Chemie drohen dadurch Mehrkosten von über 2 Milliarden Euro pro Jahr.

Wir hoffen, dass in Paris die Voraussetzungen für eine globale Anbindung des europäischen Emissionshandels geschaffen werden. Ein Abkommen sollte Marktmechanismen enthalten, damit die Emissionen dort gesenkt werden, wo es am effizientesten und kostengünstigsten möglich ist.

Zwar gibt es in fast allen Erdteilen Ansätze für einen Emissionshandel. Sie funktionieren aber nicht nach gemeinsamen Regeln. Der elementare Unterschied: Kein System nimmt die Industrie so in die Pflicht, wie es der europäische Emissionshandel für den Klimaschutz tut: Verbindlich, anspruchsvoll und nachvollziehbar.

Solange in weiten Teilen der Welt solche Anforderungen für die Industrie fehlen, also keine Chancengleichheit existiert, benötigen energieintensive Unternehmen in der EU den Schutzschirm der Politik. Das gilt besonders für die anstehende Reform des Emissionshandels.

**Grafik 10:**  
Vergleich  
Produktion,  
Energie-  
verbrauch  
und Treib-  
hausgas-  
Emissionen

Was wir im Grunde bräuchten, wäre zumindest ein Abkommen mit einer Übereinkunft der G20-Staaten zu einem gemeinsamen Regelsystem wie dem Emissionshandel. Aber für diesen Ansatz mit rechtlich verbindlichen und vergleichbaren Minderungsbeiträgen gibt es derzeit kaum eine Chance.

Deshalb halten wir folgende Punkte für ein Abkommen in Paris für besonders wichtig:

Erstens müssen alle Akteure die Umsetzung ihrer Klimaschutzpläne nachprüfbar darlegen. Hierzu ist ein für alle Staaten einheitliches Berichts-, Mess- und Verifizierungswesen für die Emission von Treibhausgasen zu vereinbaren. Ohne ein solches Instrument kann kein Vertrauen entstehen, dass alle Nationen faire und gerechte Beiträge erbringen. Das gilt für Entwicklungs- wie Industrieländer.

Zweitens: Ein Ambitionsmechanismus ist nötig, der ein Nachsteuern der Zielvorgaben ermöglicht, wo die Basis für die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten am geringsten und das Potenzial am größten ist.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen:

- Wir haben genauso wie Politik, Umweltverbände und Zivilgesellschaft hohe Erwartungen an den Klimagipfel in Paris.
- Wir besitzen in Europa mit dem Emissionshandel ein ehrgeiziges System für den Klimaschutz, das seine Wirkung durch die kontinuierliche Verringerung der ausgegebenen Zertifikate entfaltet.
- Wir brauchen einen globalen CO<sub>2</sub>-Markt, der überall nach gleichen marktwirtschaftlichen Spielregeln funktioniert. Dadurch entsteht eine Lenkungswirkung für mehr Klimaschutz ohne künstlichen Preisanstieg durch die Politik.

**Kontakt:** VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496

E-Mail: [presse@vci.de](mailto:presse@vci.de)

**Hinweis:** Nachrichten des VCI auch auf Twitter: <http://twitter.com/chemieverband>